

Verleumden des Dalai Lama als Kriterium für Regierungsjobs im besetzten Tibet

Chinesische Behörden in der sogenannten Tibetischen Autonomen Region (TAR) haben Verleumdung und Kritik an dem im Exil lebenden tibetischen Oberhaupt, Seiner Heiligkeit des Dalai Lama, zu einem Kriterium bei der Bewerbung um Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor gemacht. In Stellenausschreibungen der Behörden in der TAR heißt es, daß Bewerber „klare und feste politische Grundsätze“ haben und „den Dalai Lama entlarven und kritisieren“ müssen.

Die Bedingungen, die eine entschlossene Loyalität gegenüber der Partei fordern und darauf abzielen, das zutiefst verehrte ehemalige tibetische Staatsoberhaupt der Verachtung preiszugeben, weisen Parallelen zu Zeugenaussagen ehemaliger tibetischer politischer Gefangener auf, von denen verlangt wurde, den Dalai Lama zu verurteilen, als sie in chinesischen Gefängnissen inhaftiert waren.



In einer Stellenausschreibung kann man lesen: „Unterstützen Sie die Parteiführung, setzen Sie die Linie der Partei, die Herangehensweise, die Politik und die Leitideologie für die Tibetarbeit in der neuen Ära entschlossen um; bringen Sie sich ideologisch und politisch in eine Linie mit dem Zentralkomitee der Partei; widersetzen Sie sich allen spalterischen Tendenzen; entlarven und kritisieren Sie den Dalai Lama; bewahren Sie die Einheit des Mutterlandes, achten Sie die ethnische Einheit, beziehen Sie eine feste Position zu politischen Fragen und nehmen einen klaren und eindeutigen Standpunkt ein“.

Das Fenster für tibetische Hochschulabsolventen, die eine Stelle im öffentlichen Sektor suchen, wird immer enger, da immer mehr Han-Chinesen den Arbeitsmarkt in Tibet überschwemmen und chinesische Bewerber weitgehend bevorzugt werden. Tibetische Hochschulabsolventen, die einen Job im öffentlichen Dienst anstreben, finden immer weniger Möglichkeiten zur Beschäftigung in ihrem Heimatland.

In einem Bericht von *Radio Free Asia* vom Februar ist die Rede von einer „Überflutung des Arbeitsmarktes durch Han-Chinesen und Prüfungen im öffentlichen Dienst, die immer mehr auf Han-Bewerber ausgerichtet sind“, was dazu führe, daß tibetische Jugendliche arbeitslos werden.

Eine anonyme Quelle, die von RFA zitiert wurde, sagte: „2018 gab es allein in der Autonomen Region Tibet 40.000 Bewerber, die zur Aufnahmeprüfung für Positionen im chinesischen öffentlichen Dienst antraten. Allerdings haben nur etwa 3.000 die Prüfungen bestanden, um für von der Regierung ausgeschriebene Stellen in Betracht zu kommen.“

Tibetische Bewerber sind ferner benachteiligt, weil das Prüfungssystem stark auf Mandarin-Chinesisch ausgerichtet ist und chinesische Bewerber im Hinblick auf die Dominanz der chinesischen Kultur im Verwaltungssektor bevorzugt werden.

Matteo Mecacci, Präsident der *International Campaign for Tibet*, sagte: „Sich gezwungen zu sehen, den Dalai Lama - einen Friedensnobelpreisträger, der für die Tibeter eine Quelle des Stolzes und eine große Inspiration ist - zu verurteilen, um einen Job zu bekommen, ist eine unnötige Demütigung und Diskriminierung, die nur den tibetischen Geist des Widerstands stärkt und der chinesischen Herrschaft in Tibet gewiß keine Legitimität verleiht.“

„Die verschärften Bestimmungen geben Anlaß zur Sorge, da sie nur für Bewerber tibetischer Herkunft gelten und einer rassistischen Profilerstellung gleichkommen. Darüber hinaus verletzen die Forderungen, sich zu einer bestimmten politischen Meinung zu bekennen, das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, wie es vom Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geschützt wird.“